



STEFAN GEBAUER

Neuwahlen allein lösen Italiens Probleme nicht

Stefan Gebauer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Italien steuert auf die nächste Hängepartie zu. Nachdem die Regierungsbildung unter Beteiligung der populistischen Fünf-Sterne-Bewegung und der rechten Lega überraschend gescheitert ist, scheinen Neuwahlen im Herbst unvermeidbar. Zwar fiel die unmittelbare Reaktion an den Finanzmärkten zumindest kurzzeitig positiv aus, dennoch sind die Aussichten für die drittgrößte Volkswirtschaft des Euroraums getrübt.

Bis Oktober, dem wohl frühestmöglich Termin für Neuwahlen, soll aller Voraussicht nach eine Übergangsregierung mit einem Wirtschaftsexperten an der Spitze die Geschicke des Landes lenken. Diese dürfte aber schnell auf Widerstände im Parlament stoßen – politischer Stillstand bis Herbst dürfte die Folge sein. Auch nach den Wahlen scheinen stabile politische Verhältnisse unwahrscheinlich: Da die etablierten und gemäßigten Parteien in einer tiefen Krise stecken, könnte der Zulauf zu extremen Kräften wie Lega und Fünf-Sterne-Bewegung im Herbst noch größer sein. Schnell dürften ähnliche Vorschläge auf dem Tisch liegen wie bei der gerade gescheiterten Koalition.

Diese sah Mehrausgaben mit einem Gesamtumfang von etwa 100 Milliarden Euro pro Jahr oder fünf Prozent der Wirtschaftsleistung vor. Finanziert werden sollten diese Vorhaben überwiegend durch neue Schulden. Bereits heute liegt die Schuldenlast Italiens bei etwa 2,3 Billionen Euro oder 132 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und somit deutlich über dem europäischen Durchschnitt von gut 80 Prozent. Zwar ist noch lange nicht absehbar, welche Regierungskoalition aus Neuwahlen hervorgehen würde, doch sollten dann Pläne in ähnlichem Umfang umgesetzt und durch die Aufnahme neuer Schulden finanziert werden, dürfte sich die Neuverschuldung Italiens in den kommenden Jahren in etwa verdreifachen.

In diesem Fall würden wohl auch die Risikoaufschläge auf italienische Staatsanleihen deutlich steigen. Diese könnten auch dann zulegen, wenn die zuletzt kräftige wirtschaftliche Entwicklung in Europa an Schwung verlieren sollte. Hält die Europäische Zentralbank (EZB) zudem an dem bereits eingeleiteten schrittweisen Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik fest und

fährt die Ankäufe italienischer Staatsanleihen zurück, dürfte die Nervosität der Investoren schnell wieder zunehmen. Höhere Zinsen in Europa werden den italienischen Staatshaushalt in der Zukunft ohnehin stärker belasten als bisher, etwa wenn auslaufende Schuldscheine durch neue, höher verzinsten Papiere ersetzt werden müssen. Ein zusätzlicher Aufbau von Schulden würde die zukünftige Haushaltslage dementsprechend doppelt verschlimmern.

Oberflächlich betrachtet scheint Italien die stärkeren Druckmittel in einem möglichen neuen Krätemessen mit den europäischen Partnern auf seiner Seite zu haben. So ist die EZB zum größten Gläubiger des Landes aufgestiegen, etwa 340 Milliarden Euro hat sie in italienische Staatsanleihen investiert. Ein Nichtbedienen wäre mit erheblichen Kosten auch für die anderen Mitgliedstaaten verbunden, eine neue Bankenkrise in Europa würde drohen. Zudem bestehen enge Handelsbeziehungen zwischen den anderen Mitgliedstaaten und der italienischen Wirtschaft. Allerdings werden etwa zwei Drittel der italienischen Staatsschulden weiterhin im Inland gehalten, ein Ausfall würde auch die italienische Bevölkerung und die Banken des Landes treffen. Sollte die italienische Regierung also wirklich Schuldtitel nicht begleichen, dürften vor allem entsprechende Vermögensverluste bei der eigenen Bevölkerung den Rückhalt einer Koalition schnell bröckeln lassen.

Eine neue Regierung, egal wie sie letztlich aussieht, täte gut daran, die politischen und ökonomischen Realitäten in Europa anzuerkennen und verlorenes Vertrauen schnellstmöglich zurückzugewinnen. Entsprechende politische Signale aus Brüssel, Berlin und Paris nach Rom sollten zudem deutlich machen, dass auch die drittgrößte Volkswirtschaft im Währungsraum an wirtschaftspolitische Vereinbarungen gebunden ist und deren Bruch Konsequenzen nach sich ziehen würde.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

85. Jahrgang 30. Mai 2018

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Dr. Ferdinand Fichtner; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky;
Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Johanna Möllerström;
Ph.D.; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Julia Schmieder

Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner;
Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann;
Matthias Laugwitz; Markus Reiniger; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter